

Abwanderung aus den neuen Bundesländern von 1989 bis 2000

In der aktuellen Debatte über Deutschland als De-facto-Einwanderungsland gerät vielfach in Vergessenheit, dass für Teile der neuen Bundesländer eher die Abwanderung charakteristisch ist. Die Artikelüberschriften haben einen alarmistischen Unterton: „Warum gehst Du nicht rüber?“, „Wer kann, geht nach drüben“ und: „Ein Land blutet aus“.¹ Auch die regionale Presse in den neuen Ländern greift verstärkt das Thema auf. Dabei ist die Tendenz feststellbar, bei der Bevölkerungsentwicklung die Abwanderung einseitig in den Vordergrund zu stellen und den aus dem „Wendeschock“ sowie einem sich verändernden generativen Verhalten resultierenden Geburtenrückgang weniger stark zu berücksichtigen.

Ein Blick auf die Zahlen ergibt ein differenziertes Bild, das für die neuen Bundesländer insgesamt jedoch von einem Rückgang der Bevölkerung ausgeht. Unklar und umstritten bleibt die Frage, ob und in welcher Form die Politik auf diese Entwicklung reagieren und eventuell gegensteuern kann.

I. Flucht und Übersiedlung

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte mit Flüchtlingsströmen und Zwangsumsiedlungen einen ersten politisch verursachten und in diesem Umfang einmaligen Wanderungsschub in Deutschland. In der Folgezeit begann sich die Verteilung der Bevölkerung zugunsten Westdeutschlands zu verschieben. Der Anteil der DDR an der Gesamtbevölkerung beider deutscher Staaten lag 1950 bei etwa 27 Prozent, bis 1987 ging er auf etwa 21 Prozent zurück. Die Wanderungen stellten dabei den entscheidenden demographischen Faktor dar und verliefen gegensätzlich: In der Bundesrepublik war der positive Wanderungssaldo die Hauptursache

des Bevölkerungswachstums, in der DDR ging der Bevölkerungsrückgang von 1950 bis 1987 zu über 80 Prozent auf den negativen Wanderungssaldo zurück.²

Hauptsächlich als Folge des starken Abflusses von Flüchtlingen hatte Ostdeutschland 1950 mit 37,9 Jahren eine im Durchschnitt demographisch ältere Bevölkerung als Westdeutschland mit 35,2 Jahren. Nach dem Mauerbau änderte sich dies: Auf den erzwungenen Rückgang der Übersiedler 1961 folgte ab 1982 eine restriktive Phase, die die Ausreise nur in stark eingeschränktem Umfang mit dem Ziel der Familienzusammenführung zuließ. Vor allem Rentner und Nichtberufstätige zählten nun zu den Übersiedlern. Eine zweite Phase begrenzter Übersiedlungen setzte 1984 ein, als die DDR-Behörden eine Reihe von länger vorliegenden Anträgen bewilligten und u. a. missliebigen Personen die Ausreise gestatteten. Von 1984 bis Ende 1988 kamen immerhin 150 000 Menschen auf legalem Wege in die Bundesrepublik und damit genauso viele wie in den 15 Jahren davor. Die Einschränkung der Ausreise und die Folgen einer geburtenfreundlichen Bevölkerungspolitik – später auch als „Honecker-Buckel“ bezeichnet – führten vorübergehend zur Verjüngung Ostdeutschlands. 1989 betrug das Durchschnittsalter in der DDR 35,6 Jahre und lag damit um 2,5 Jahre niedriger als in der alten Bundesrepublik.³ Ab Frühjahr 1989 setzte dann durch die Öffnung der Grenzen Ungarns in Richtung Österreich eine für die DDR-Behörden unkontrollierbare Situation ein, die eine mächtige Sogwirkung entfaltete.⁴ Als

2 Vgl. Reiner Hans Dinkel/Erich Meinel, Die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zwischen 1950 und 1987, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 17 (1991) 2, S. 115–134.

3 Vgl. Evelyn Grünheid/Juliane Roloff, Die demographische Lage in Deutschland 1999 mit dem Teil B „Die demographische Entwicklung in den Bundesländern – Ein Vergleich“, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 25 (2000) 1, S. 3–150, hier S. 92.

4 Vgl. Richard Hilmer, Motive und Hintergründe von Flucht und Ausreise aus der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. VII, 1, S. 323. Einen Überblick über die Wanderungen vor und nach 1989 bietet: Hansjörg Bucher/Hans-Peter Gatzweiler, Interregional Migration Patterns and Process in Germany, in: Philip Rees/John Stillwell/Andrew

Der Autor dankt Dr. Johann Gerdes, Prof. Dr. Ursula Kück und Robert Schulz für die Hilfe bei den Tabellen sowie für Hinweise.

1 Doris Schneeyink, Warum gehst Du nicht rüber?, in: Der Stern vom 16. Januar 2001; Thomas Gerlach, Wer kann, geht nach drüben, in: Tageszeitung vom 9. März 2001; Oliver Schade, Ein Land blutet aus, in: Hamburger Abendblatt vom 19./20. April 2001.

Folge der Ausreisewelle von 1989/90 kam der „Verjüngungsprozess“ zum Erliegen; 1997 waren die ostdeutsche und die westdeutsche Bevölkerung mit 39,7 bzw. 38,9 Jahren im Durchschnitt fast gleich alt.

Wer waren und woher kamen die Übersiedler und Flüchtlinge? Ergebnisse von Infratest, die sich hauptsächlich auf Übersiedlungen bis 1989 beziehen, können einen ersten Eindruck vermitteln: Demnach betrug der Anteil von Personen männlichen Geschlechts unter den Übersiedlern 60 Prozent, 78 Prozent hatten das vierzigste Lebensjahr noch nicht erreicht. Unter den Flüchtlingen war der Anteil jüngerer Menschen noch ausgeprägter, 90 Prozent waren unter 40 und 70 Prozent unter 30 Jahre alt.⁵ Bei der regionalen Herkunft zeigte sich insofern ein markantes Ergebnis, als 50 Prozent der 1984 Befragten aus dem Bezirk Dresden stammten, während der Anteil der nördlichen Bezirke Neubrandenburg, Schwerin und Rostock vergleichsweise gering ausfiel. Da die Übersiedler über eine gute Ausbildung und eine hohe Arbeitsmotivation verfügten, hatten sie keine nachweisbaren Integrationsprobleme. Untersuchungen lassen vermuten, „dass es sich bei den Zuwanderern nicht um einen repräsentativen soziographischen und erst recht nicht um einen mentalen Querschnitt der DDR-Bevölkerung gehandelt hat“.⁶ Ihre Qualifikation, der relativ hohe Anteil mit einem Universitätsabschluss, die Aufstiegsorientierung und die Erfahrung des langwierigen Ausreiseverfahrens wirkten sich offenbar positiv aus. Auch wenn diese Merkmale bei späteren Übersiedlern weniger stark ausgeprägt gewesen sein sollten, so hatte sich 1989 die wirtschaftliche Lage und die Arbeitsmarktnachfrage in der alten Bundesrepublik weiter gebessert, weshalb auch nach dem Fall der Mauer kaum berufliche Integrationschwierigkeiten auftraten.

II. Von der Ausreisewelle zur Binnenwanderung

Die Flüchtlingswelle spielte eine zentrale Rolle bei der friedlichen Revolution von 1989. Sie beschleunigte zum einen den Erosionsprozess des alten Regimes und ermunterte zum anderen die DDR-Bürger zur Teilnahme an den Montags- bzw.

Convey/Marek Kupiszewski (Hrsg.), *Population Migration in the European Union*, Chichester 1996.

⁵ Vgl. R. Hilmer, ebd., S. 324.

⁶ Volker Ronge, *Die Situation und Integration der Flüchtlinge und Ausgereisten aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Materialien* (Anm. 4), S. 337.

Donnerstagsdemonstrationen. Der Ruf „Wir bleiben hier“ brachte sowohl ein Gefühl der Trauer über die in den Sommermonaten über die Grenze Gegangenen als auch Opposition gegenüber den bestehenden politischen Verhältnissen zum Ausdruck. Diese Ambivalenz zwischen Weggehen und Dableiben hat in der Folgezeit wenig an Bedeutung verloren.

Mit der Ausreisewelle 1989 wechselten erneut vor allem jüngere Leute in die Bundesrepublik, d. h. der berühmte „junge flexible, qualifizierte Facharbeiter“, sowie Familien mit unter 18-jährigen Kindern und 30- bis 50-jährigen Eltern. Auffallend war ihr ausgeprägter Optimismus und der von den meisten geteilte Wunsch nach einer Wiedervereinigung.⁷ Zwar war die Übersiedlung häufig wirtschaftlich motiviert, sie besaß aber auch eine eindeutig politische Richtung und geriet zur „Fluchtbewegung mit teilweise panikartigem Charakter“⁸. Die Aufnahme, Unterbringung und Integration der Übersiedler und Migranten in die Gesellschaft der Bundesrepublik stellten eine beachtliche Leistung dar; die Verlangsamung des Exodus aus der DDR wurde zum wichtigen Thema der deutschen Politik in der Zeit der friedlichen Revolution 1989/90 und bestimmte u. a. das Tempo der deutschen Vereinigung. Der Übersiedlerstatus und die Eingliederungsbeihilfen entfielen mit der Bildung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990, mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 wurden die deutsch-deutschen Wanderungen zu Binnenwanderungen.⁹

Nicht erst mit der Ausreisewelle ab 1989 hatte sich die Bevölkerungszahl zugunsten Westdeutschlands verändert (vgl. Tabelle 1). De facto war die DDR ein Auswanderungsland und von 1950 bis 1980 einer der wenigen Staaten der Welt, dessen Einwohnerzahl sich verringerte. Nur 1987/1988 nahm sie zu, nachdem 80 000 Arbeiter aus der Dritten Welt auf der Grundlage von Regierungsabkommen einwanderten.¹⁰ Zwischen Ende 1949 und Ende 1999 stieg die Einwohnerzahl Deutschlands von 68,1 Millionen (BRD + DDR) auf 82,2 Millionen. Dieser Zuwachs erklärt sich ausschließlich

⁷ Vgl. Richard Hilmer/Anne Köhler, *Der DDR läuft die Zukunft davon. Die Übersiedler-/Flüchtlingswelle im Sommer 1989*, in: *Deutschland Archiv*, 22 (1989) 12, S. 1383–1388.

⁸ Siegfried Grundmann, *Außen- und Innenmigration der DDR 1989. Versuch einer Bilanz*, in: *Deutschland Archiv*, 22 (1989) 12, S. 1424.

⁹ Vgl. Hartmut Wendt, *Wanderungen nach und innerhalb von Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Wanderungen*, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 19 (1993/94) 4, S. 517–540.

¹⁰ Vgl. Jürgen Dorbritz/Wulfram Speigner, *Die Deutsche Demokratische Republik – Ein- und Auswanderungsland?*, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 16 (1990) 1, S. 68.

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands 1949–1999 (in 1 000)

Jahr	Westdeutschland ¹		Ostdeutschland ¹		Deutschland gesamt ¹	
	Einwohner absolut	Veränderung 1949=100	Einwohner absolut	Veränderung 1949=100	Einwohner absolut	Veränderung 1949=100
1949	49 315,0	100,0	18 793,0	100,0	68 108,0	100,0
1960	55 784,8	113,1	17 177,5	91,5	72 973,3	107,1
1970	61 001,2	123,7	17 068,3	90,8	78 069,5	114,6
1980	61 657,9	125,0	16 739,5	89,1	78 397,4	115,1
1990	63 725,7	129,2	16 027,6	85,3	79 753,3	117,1
1991	64 484,8	130,8	15 789,8	84,0	80 274,6	117,9
1992	65 289,2	132,4	15 685,4	83,5	80 974,6	118,9
1993	65 739,7	133,3	15 598,4	83,0	81 338,1	119,4
1994	66 007,2	133,8	15 531,4	82,6	81 538,6	119,7
1995	66 342,0	134,5	15 475,5	82,3	81 817,4	120,1
1996	66 583,4	135,0	15 428,7	82,1	82 012,1	120,4
1997	66 667,0	135,2	15 369,3	81,8	82 057,4	120,5
1998	66 747,3	135,3	15 289,7	81,4	82 037,0	120,5
1999	66 946,1	135,7	15 217,3	81,0	82 163,4	120,6
Gesamtveränderung 1949–1998	+ 17 432,3		– 3 503,3		+ 13 929,0	

¹ Jahresendbevölkerung

Quellen: Statistisches Bundesamt; Rose-Elisabeth Herden/Rainer Münz, Bevölkerung, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn 2001², S. 76.

aus der Zunahme der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet um 17,4 Millionen, dagegen verringerte sich die Bevölkerung in der ehemaligen DDR bzw. in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin um 3,5 Millionen. Für die Bevölkerungsentwicklung Westdeutschlands spielt die Zuwanderung von Ostdeutschen, Aussiedlern und Ausländern damit eine zentrale Rolle.¹¹

Nach dem Höhepunkt 1989/90 ließ die Abwanderung ab 1991 nach, gleichzeitig nahm die Zahl der Zuzüge vom früheren Bundesgebiet in die neuen Länder und nach Berlin-Ost zu. Während 1990 noch 395 343 Menschen von Ost nach West wechselten und weniger als 10 Prozent (36 217 Personen) den umgekehrten Weg einschlugen, schien sich die Lage in der Folgezeit langsam zu entspannen. Die Zahl der Fort- und Zuzüge näherte sich an (vgl. Abbildung 1), mittelfristig wurde eine Angleichung der Wanderungsströme vermutet. Die Binnenmobilität innerhalb Ostdeutschlands wuchs, sie blieb aber rund ein Drittel unter der des Westens.¹² Seit 1998 geht die Schere jedoch wieder auseinander, wobei die Entwicklungen bei Männern und Frauen unterschiedlich ausfallen: Bei

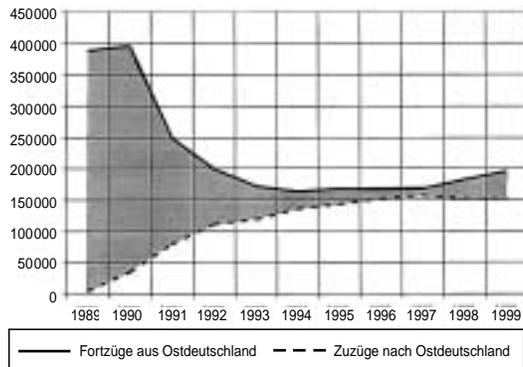
den Männern hat die Zahl der Zuzüge ab 1994 die Zahl der Fortzüge fast erreicht, 1996 und 1997 war der Wanderungssaldo bei den Männern sogar – aus Sicht der neuen Bundesländer – leicht positiv. Bei den Frauen war die Wanderungsbilanz in den neuen Bundesländern durchgehend negativ, d. h. es sind mehr Frauen weg- als zugezogen. Die Zahl der *Fortzüge* differiert zwischen Männern und Frauen nur wenig. Bei den *Zuzügen* ist feststellbar, dass mehr Männer als Frauen nach Ostdeutschland ziehen (Abbildung 2), bei einem Anhalten dieses Trends verschiebt sich die Geschlechterparität.

Seit 1997/98 wird der negative Saldo vor allem durch die 18- bis unter 25-Jährigen verursacht und mit steigender Tendenz auch durch die 25- bis unter 30-Jährigen. Nach Alter und Geschlecht unterschieden bestehen bei den unter 18-Jährigen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede. Bei den 18- bis unter 25-Jährigen haben allerdings immer mehr Frauen die neuen Länder verlassen als Männer. Bei beiden ging die Abwanderung zunächst zurück, um dann ab 1997 wieder zu steigen, wobei der Anstieg bei den Frauen etwas höher ausfällt. Bei den 25- bis unter 30-Jährigen gab es zunächst bei den Männern einen eindeutig positiven Saldo, während dieser bei den Frauen in etwa ausgeglichen war (vgl. Tabelle 2). Der negative Saldo seit 1998 geht auf steigende Abwanderungs- und gleichzeitig sinkende Zuwanderungszahlen zurück. Gleiches gilt für die 30- bis unter 50-Jährigen. Bei den über 50-Jährigen ist der Saldo hingegen positiv, was daran liegen könnte,

11 Vgl. Rose-Elisabeth Herden/Rainer Münz, Bevölkerung, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn 2001², S. 75 ff.

12 Zahlen bei: Ferdinand Böltken/Hansjörg Bucher/Helmut Janich, Wanderungsverflechtungen und Hintergründe räumlicher Mobilität in der Bundesrepublik seit 1990, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1997) 1/2, S. 37.

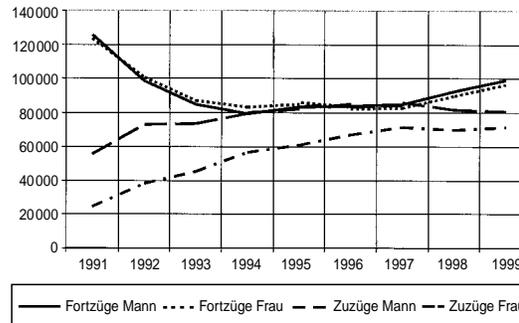
Abbildung 1: Wanderungen zwischen den neuen Ländern einschl. Berlin (Ost) und dem früheren Bundesgebiet 1989 bis 1999 (insgesamt – absolute Zahlen)



© Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock, Dr. Johann Gerdes.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Wanderungen von Frauen und Männern zwischen den neuen Ländern einschl. Berlin (Ost) und dem früheren Bundesgebiet 1991 bis 1999 (insgesamt – absolute Zahlen)



© Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock, Dr. Johann Gerdes.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Wanderung zwischen den neuen Ländern einschl. Berlin-Ost und dem früheren Bundesgebiet nach Altersgruppen (in 1 000)

Jahr	insgesamt		davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren											
			unter 18		18 – 25		25 – 30		30 – 50		50 – 65		65 und älter	
	insges.	weibl.	insges.	weibl.	insges.	weibl.	insges.	weibl.	insges.	weibl.	insges.	weibl.	insges.	weibl.
1991	169,5	99,2	51,0	26,0	53,6	31,7	20,9	11,8	32,6	22,1	8,0	5,1	3,3	2,5
1992	87,8	62,5	35,5	17,9	18,9	16,0	5,8	6,3	17,8	15,4	6,9	4,7	2,9	2,1
1993	53,3	41,9	25,3	12,8	10,2	10,1	-0,9	2,4	9,8	10,4	5,7	4,2	3,1	2,1
1994	27,3	26,9	17,1	9,0	8,4	7,6	-4,8	-0,1	1,0	5,9	3,3	3,1	2,2	1,5
1995	25,3	23,6	13,6	7,3	11,6	8,9	-3,5	-0,3	0,5	4,9	1,9	2,1	1,2	0,7
1996	14,0	15,2	7,4	4,2	11,9	8,9	-1,7	0,0	-2,5	1,8	0,0	1,1	-1,1	-0,7
1997	10,5	11,4	5,5	2,7	13,0	9,6	-0,4	0,1	-3,3	0,9	-1,6	-0,1	-2,7	-1,9
1998	30,7	19,8	6,3	3,4	20,9	13,5	4,9	1,9	3,0	2,8	-1,8	0,0	-2,6	-1,7
1999	43,6	25,3	8,0	4,2	25,6	16,5	7,0	2,7	7,3	4,0	-1,5	-0,3	-2,8	-1,7

Die Angaben über die nach dem Alter gegliederten Wanderungen zwischen Berlin-West und Berlin-Ost wurden geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

dass sich Rentner und Pensionäre in einigen Regionen der neuen Länder niedergelassen haben. Dieser in einzelnen Gegenden mittlerweile statistisch nachweisbare Zuzug und entsprechende Anzeigen – etwa für die Ostseeküste – haben die Behauptung von einem entstehenden „Altersheim“ Ost möglicherweise mit gefördert.

Bei den 50- bis unter 65-jährigen Frauen sind die Wanderungen inzwischen relativ ausgeglichen. Auch die Zuwanderung der Frauen ist konstant und deckt sich mit der Abwanderung. Der positive Saldo entsteht allein durch die gestiegene Zuwanderung der Männer. Bei den über 65-Jährigen sinkt die Abwanderung leicht, während bis 1997 die Zuwanderung stetig zugenommen hat, seitdem aber wieder leicht rückläufig ist. Hier gibt es sowohl bei den Frauen als auch den Männern einen positiven Saldo.

Insgesamt kann festgehalten werden: Der wieder zunehmend negative Saldo zwischen Ost- und Westdeutschland wird hauptsächlich durch abwandernde 18- bis unter 30-Jährige verursacht, wobei die Frauen in der Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen deutlich überproportional vertreten sind.

III. Ein Blick auf die neuen Länder

Unabhängig von den oben dargestellten Gesamtbefunden weisen die Länder regionale Besonderheiten auf.¹³

¹³ Als Einstieg vgl. Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, S. 280 ff., und Jürgen

Brandenburg hatte 1989 rund 2,66 Millionen Einwohner, Ende 1999 waren es 2,60 Millionen. Nach Mecklenburg-Vorpommern hat es die geringste Bevölkerungsdichte Deutschlands. Während sich die Einwohnerzahl bis einschließlich 1994 jährlich reduzierte, war in Brandenburg 1995 erstmals eine positive Entwicklung zu verzeichnen; seitdem ist es das einzige neue Bundesland mit Bevölkerungszuwachs. Brandenburg profitiert vom Berliner Raum, in der Peripherie des Landes ist dagegen ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Wanderungsgewinne konnte Brandenburg 1999 nur aus den Ländern Berlin (23 092), Niedersachsen (375) und Sachsen-Anhalt (58) erzielen, gegenüber allen anderen Bundesländern traten dagegen Wanderungsverluste auf. Der „Entwicklungsplan für den ländlichen Raum im Land Brandenburg. (Förderperiode 2000–2006)“ sieht eine stärkere Ausrichtung der Förderung „auf die Hauptprobleme Abwanderung und Beschäftigungsmangel“ vor. Die Stärken Brandenburgs werden in der günstigen Lage zur Metropole Berlin, der attraktiven Landschaft, der weit gehend naturbelassenen Umwelt, dem Naherholungspotenzial und den freien Flächen für Ansiedlungen gesehen.

Im Flächenstaat *Mecklenburg-Vorpommern* lebten 1989 noch 1,97 Millionen Menschen, 1999 waren es 1,79 Millionen. Die Region weist eine lange und unter demographischen Gesichtspunkten ebenso wechselhafte wie interessante Geschichte auf, für die in der Vergangenheit die Randlage und die politischen Umbrüche verantwortlich waren. Der reale Bevölkerungsverlust aufgrund von Migration liegt bei 90 000 Personen,¹⁴ die Geburten gingen um zwei Drittel auf 12 589 im Jahr 1999 zurück. Von den jungen Frauen, der „demographisch aktivsten Altersgruppe“, würden von 1 000 neugeborenen Mädchen nach dem derzeitigen Trend 700 im Lande verbleiben, während es von den neugeborenen Jungen 850 wären. Im Landtag hat es seit 1991 mehrfach Anfragen zur Bevölkerungsentwicklung gegeben; die Opposition hat die rot-rote Koalitionsregierung sogar aufgefordert, einen jährlichen Bericht zum Thema vorzulegen.¹⁵

Auf dem Gebiet des heutigen Freistaates *Sachsen* lebten 1989 noch 5,03 Millionen Menschen, Ende 1999 hatte Sachsen nur noch 4,46 Millionen Ein-

wohner. Es bleibt dennoch das bevölkerungsreichste und am dichtesten besiedelte der fünf neuen Länder. In zehn Jahren hat der Freistaat rund 570 000 Einwohner verloren, das sind 11,3 Prozent. Die Zahl der ausländischen Mitbürger erhöhte sich um rund 29 000 auf 105 000, was 1999 einem Bevölkerungsanteil von 2,4 Prozent entsprach. In dem genannten Zeitraum schritt die Alterung der Bevölkerung voran, und zwar als Folge der rapiden Abnahme der Zahl der Jüngeren durch niedrigere Geburtenzahlen und Wanderungsverluste. Der Anteil der Bevölkerung unter 20 Jahren sank von 24,6 Prozent 1988 auf 19,7 Prozent 1999.

Sachsen-Anhalt besaß 1989 noch 2,96 Millionen Einwohner, 1999 waren es 2,64 Millionen. Das Land weist eine lange Geschichte der Abwanderung auf; so lebten im heutigen Landesgebiet 1945 ca. 4,1 Millionen Menschen. Schon zu DDR-Zeiten gab es erhebliche Wanderungsverluste. Geburtenknick und Abwanderung beschäftigten auch die regionale Presse, immerhin habe das Land seit 1990 über 300 000 Einwohner verloren. Der Westen werbe die Jungen, gut Ausgebildeten ab. „Eine Situation wie in den 50er Jahren in der DDR“, sagte Ministerpräsident Höppner.¹⁶ Auf Antrag der PDS debattierte der Landtag über die „Abwanderung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt“, deren steigender Wegzug in die alten Bundesländer sich „stark auf das Lebensgefühl derjenigen Menschen auswirke, die hier bleiben wollen oder müssen“¹⁷.

Thüringen hatte 1989 noch 2,68 Millionen Einwohner; 1999 lag die Zahl bei 2,44 Millionen. Auch in Thüringen, einem relativ dicht besiedelten Bundesland, ist die Abwanderung weniger bedeutsam als das Absinken der Reproduktionsrate. Ministerpräsident Bernhard Vogel begründete sein Eintreten für ein Sonderprogramm Ost und für ein schnelleres Wirtschaftswachstum als im Westen u. a. damit, „die bedrohliche Abwanderung vor allem von Fachkräften und von jungen Leuten zu stoppen“. Eine Abgeordnete der PDS warnte in der gleichen Landtagsdebatte vor der Entstehung einer „Kultur der Abwanderung“¹⁸.

Ein Blick auf die Binnenwanderungssalden in den neuen Ländern von 1991 bis 1997 zeigt, dass Brandenburg bzw. der Raum um Berlin und – mit deutlichem Abstand – Thüringen eine Zuwanderung aus den neuen Ländern erzielten, alle Länder verzeichnen jedoch eine Abwanderung in die alten

Hartmann (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bundesländer, 3., erw. und akt. Neuausgabe, Bonn 1997.

14 Vgl. Jan Karpinski/Ursula Kück, Migration und Bevölkerungsentwicklung nach 1990, in: Statistisches Monatsheft, 10 (2000) 9, S. 7.

15 Als Stichtag für die Vorlage eines solchen Berichts nannte die CDU-Fraktion den 30.6.2000. Auch die Landesregierung hat das Thema aufgegriffen. So beschäftigten sich die 5. Schweriner Wissenschaftstage Ende 2000 mit dem Thema „Bevölkerungsrückgang in Mecklenburg-Vorpommern – Katastrophe oder Chance?“.

16 Volksstimme vom 7. März 2001.

17 Landtag von Sachsen-Anhalt, 3. WP, Drucksache 3/4389 vom 29. März 2001.

18 Thüringer Landtag, 3. WP, Plenarprotokoll 3/39 vom 15. März 2001, S. 2997, S. 3005.

Bundesländer. Die Hauptabwanderung verläuft dabei jeweils in das angrenzende alte Bundesland.

IV. Schätzungen und Prognosen

Demographische Prognosen stellten die hohen Wanderungsverluste 1989/90 als ein einmaliges Phänomen dar. Ein optimistisches Szenario ging 1990 sogar davon aus, dass nach Überwindung von Anfangsschwierigkeiten eine Rückwanderung einsetzen werde, die bis 2000 eventuell 300 000 Menschen umfassen könne.¹⁹ Die allermeisten vermittelten jedoch ein realistischeres Bild: Für die Zukunft seien in Ostdeutschland zwar moderatere Wanderungsverluste als im Revolutionsjahr zu erwarten, Schätzungen gingen gleichwohl für den Zeitraum 1990 bis 2010 von einem weiteren Rückgang der Bevölkerung in Ostdeutschland um ca. 20 Prozent aus. Die regionalen Unterschiede würden zu spezifischen Wanderungsszenarien in den einzelnen Ländern führen. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage sei nicht zu erwarten, dass die neuen Länder zu einem Hauptzielgebiet der Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern würden, wahrscheinlicher sei vielmehr, dass die zugewiesenen Aussiedler und Asylbewerber binnen relativ kurzer Zeit nach Westdeutschland weiterwandern würden.²⁰

Zu den charakteristischen und vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) frühzeitig aufgezeigten Merkmalen gehören eine Westverlagerung der Bevölkerung, mit einem weiter sinkenden Anteil Ostdeutschlands an der Gesamtbevölkerung, sowie die Veränderungen in der Siedlungsstruktur. Während im Westen Dekonzentrationsprozesse zu erwarten sind, spielen sich im Osten großräumige Konzentrationsprozesse ab, die Dekonzentrationsprozesse auf kleinräumiger Ebene haben erst begonnen.²¹ Nach neueren Aussagen des BBR wandern von der Gesamtbevölkerung nur noch drei Prozent pro Jahr innerhalb Deutschlands, dabei bleiben allerdings die 18- bis 30-Jährigen die aktivste Altersgruppe. Positive Ergebnisse können die Zuwanderungsregionen im

Süden, der norddeutsche Küstenraum und die Gebiete um die Verdichtungsräume verzeichnen. Wenn also die Arbeitsmärkte in den strukturschwachen Räumen der neuen Länder im Süden und im Osten entlastet werden, dann liegt dies mehr an dem Rückgang der Erwerbspersonen als an der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zu den benachteiligten Gebieten zählen vor allem ländliche und periphere Räume.²²

Die Bevölkerung Deutschlands wird nach den Ergebnissen der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2050 von 82 Millionen auf 65 bis 70 Millionen sinken.²³ Zu den Binnenwanderungen zwischen Ost und West machen die Modellrechnungen des Innenministeriums Angaben, die bis 2015 reichen. Es wird von einem Wanderungssaldo zugunsten der alten Bundesländer von insgesamt 300 000 Personen ausgegangen, danach soll sich eine ausgeglichene innerdeutsche Wanderungsbilanz einstellen. Dabei entspricht der für das Jahr 1999 angenommene Saldo von 28 000 Personen nicht den neueren Ergebnissen, die Berechnung erscheint von daher als zu optimistisch.²⁴

Zwischen den Prognosen bestehen, u. a. als Folge verschiedener Berechnungsgrundlagen, Unterschiede. Nach einer Vorausschätzung von Herwig Birg nimmt die Bevölkerung, die zu Beginn des Vorausschätzungszeitraums (1.1.1998) die deutsche Staatsangehörigkeit hatte, „von 1998 bis 2030 von 74.6 Mio. auf 62.2 Mio., bis 2050 auf 49.0 Mio. und bis 2080 auf 30 Mio. ab. Der Rückgang ist in den neuen Bundesländern prozentual stärker als in den alten (bis 2050: –36.7 Prozent versus –33.7 Prozent)“²⁵. Ab 2020/25 wäre demnach die Zahl der Zugewanderten aus dem Ausland größer als die Zahl der Deutschen in den neuen Ländern. Schon vorher wird sich indessen der Bevölkerungsrückgang für die neuen Länder politisch bemerkbar machen: Im nächsten Bundestag wird die Zahl der Abgeordneten aus Ostdeutschland deutlich niedriger sein als zuvor.

Arbeitsgrundlage der Landesregierungen – z. B. für die Planung im Bildungs- und Schulbereich – bildet

19 Erwähnt in: Bernd Hof, Gesamtdeutsche Perspektiven zur Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot 1990 bis 2010, Köln 1990, S. 23 ff.

20 Vgl. Rainer Münz/Ralf Ulrich, Was wird aus den Neuen Bundesländern? Demographische Prognosen für ausgewählte Regionen und für Ostdeutschland, Berlin 1994 (Demographie aktuell, Nr. 3), S. 3, 24.

21 Ausführlicher dazu: Hansjörg Bucher, Entwicklungstrends der ostdeutschen Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur, in: BBR (Hrsg.), Regionale Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den neuen Ländern. Regionalbarometer neue Länder, Berichte, Bd. 4, Bonn 2000, S. 9.

22 Vgl. <http://www.bbr.bund.de>.

23 Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsberechnung, Wiesbaden 2000, S. 18.

24 Vgl. Bundesministerium des Innern, Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2050, Berlin 2000, S. 8, 13, 50.

25 Herwig Birg, Trends der Bevölkerungsentwicklung. Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung, der Migration und der Alterung der Gesellschaft in Deutschland und Europa bis 2050, insbesondere im Hinblick auf den Bedarf an Wohnraum. (Ein Gutachten im Auftrag des Verbandes deutscher Hypothekenbanken), Bielefeld 2000, S. 4 f.

die jeweilige Bevölkerungsvorausberechnung. Aufgrund des starken Einbruchs bei den Geburten im Zuge des politischen Umbruchs und der Transformation zeigen sich die Konsequenzen vorerst besonders im Schulbereich, ab 2005 ist mit erheblichen Engpässen bei jungen Arbeitskräften zu rechnen.²⁶ Für Mecklenburg-Vorpommern geht eine solche Berechnung bis zum Jahr 2020 von weiteren Bevölkerungsverlusten von ca. 185 000 Einwohnern aus. Ca. 11 Prozent dieser Verluste sind auf Wanderungen zurückzuführen, rund 89 Prozent auf Sterbefallüberschüsse gegenüber den Geburten. Nach dieser Vorausberechnung wird im Jahr 2020 fast jeder dritte Mensch in Mecklenburg-Vorpommern älter als 60 Jahre sein. Ab 2015 wird ein positiver Wanderungssaldo angenommen,²⁷ was unter Experten als eine optimistische Annahme gilt.

V. Auswirkungen und Schlussfolgerungen

Die Konsequenzen aus den oben dargestellten Zahlen sind kontrovers. Dabei gilt es, zwischen dem in der Öffentlichkeit und Teilen der Regionalpresse in den neuen Ländern vermittelten Eindruck einer Hypermobilität im Transformationsprozess seit 1990 und einer statistisch nüchternen Betrachtungsweise der vielschichtigen Thematik zu unterscheiden. Schwer einzuschätzen sind die Pendler und ihre eventuellen Umzugsabsichten. Nach dem Mikrozensus 2000 pendeln zwischen allen Bundesländern insgesamt 1,63 Millionen Menschen.²⁸ Davon entfallen auf die neuen Länder einschließlich Berlin 483 000. Relativ hohe Pendlerzahlen weisen dabei Brandenburg (162 000), Sachsen-Anhalt (82 000) und Sachsen (81 000) auf. Der Mikrozensus weist 255 000 Ausbildungspendler aus, 59 000 davon in den neuen Ländern. Vergleichsweise hohe Zahlen haben Brandenburg (24 000), Berlin (12 000) und Sachsen-Anhalt (10 000). Einerseits gehören die zumeist gut qualifizierten Pendler zur Realität

26 Vgl. Hans-Werner Fuchs, Schule ohne Schüler? Zur demographischen Entwicklung in den neuen Bundesländern und ihren Folgen für das allgemeinbildende Schulwesen, Hamburg 1999 (Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr); H. Klüter/M. Heinz, Neue Instrumentarien zur Landesentwicklung, Greifswald 2000, S. 2 f. (unveröffentlichtes Ms.).

27 Vgl. Bevölkerungsvorausberechnung 2020 Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Sonderhefte, 10 (2000) 5, S. 43.

28 Beim Mikrozensus handelt es sich um eine Stichprobe, wobei Stichprobenfehler in der Regel umso größer werden, je kleiner die Besetzungszahl ist. Deshalb sind die Zahlen unter 5 000 Pendlern nicht berücksichtigt worden.

moderner Gesellschaften, andererseits sehen sie sich als potenzielle Wohnortwechsler zuweilen dem Vorwurf von „Abtrünnigen“ ausgesetzt,²⁹ was einem modernen Migrationsverhalten und den Erfahrungen aus der Arbeitswelt der alten Bundesrepublik keineswegs entspricht.

Im Bewusstsein vieler Bürger in den neuen Ländern ist man seit der „Wende“ in einen Zustand beschleunigten Wandels eingetreten. Bei der publizistischen Darstellung wird nicht immer zwischen der Abwanderung in den Westen, dem rasanten Rückgang der Geburtenrate u. a. als Folge individueller Lebensgestaltung und den im Zuge der neuen Verhältnisse mit ihren Chancen nun möglichen nähräumlichen Umzug von den Städten ins Umland unterschieden. Die Wanderungsströme aus den Großstädten ins Umland verzeichneten bis Mitte der 1990er Jahre eine Boomphase, damals waren die Umzüge vorwiegend ins eigene „Heim im Grünen“ doppelt so hoch wie in den alten Ländern.³⁰ Sonderabschreibungen, Wohnungsbauförderung und Planungsvereinfachungen bei gleichzeitig ungeklärten Restitutionsansprüchen in den Städten begünstigten die Neigung zum Neubau und zur Eigentumbildung im Umland. In den Plattenbauten hat ein sozialstruktureller Wandel eingesetzt: Sozial besser gestellte Personen verlassen die Wohngebiete häufig in Richtung der so genannten Speckgürtel um die Städte, dafür ziehen überdurchschnittlich viele sozial Schwächere in die Siedlungen.³¹ Im Dezember 2000 standen in den neuen Ländern 380 000 Wohnungen der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen leer. Eine Folge sind erhebliche Mieteinbußen. Bund und Länder werden bis 2003 insgesamt 1,8 Milliarden DM für den Abriss bzw. den „Rückbau“ von Wohnungen bereitstellen. Dieser Prozess der Suburbanisierung hat zur Entleerung der städtischen Zentren und einem Nachlassen des urbanen Lebens geführt, was beim Betrachter den Eindruck von einem zunehmenden Wegzug verstärken kann.

Während der Geburtenrückgang in Einzelnen der neuen Länder – etwa in dem heutigen Flächenstaat Mecklenburg-Vorpommern, wo zu DDR-Zeiten deutliche Wanderungsgewinne zu verzeichnen waren – als säkulares Ereignis gilt, „wie es

29 Vgl. Claus Peter Müller, Die „Abtrünnigen“. Binnenwanderung in Deutschland am Beispiel Thüringen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Juli 2001.

30 Vgl. Günter Herfert, Stadt – Umland – Wanderung in den 90er Jahren. Quantitative und qualitative Strukturen in den alten und neuen Ländern, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1998) 11/12, S. 764 f.

31 Vgl. Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt, Plattenbausiedlungen in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1998, S. 13.

noch nie in einem Land zu Friedenszeiten³² beobachtet wurde, sind zur Abwanderung von jungen Heranwachsenden unterschiedliche Positionen vorhanden.

Einige verweisen darauf, dass der Wechsel in Gegenden mit Arbeitskräftenachfrage ein allgemeiner und in gewisser Hinsicht normaler Vorgang sei:

– Die Nettoabwanderung von jungen Menschen in den Westen sei Ausdruck eines Anstiegs der Mobilität in den neuen Ländern nach der erzwungenen Immobilität in der DDR.³³

– Von 1992 bis 1997 fanden nennenswerte Wanderungen in beide Richtungen statt. Dabei sind auch die von West nach Ost umziehenden Personen (u. a. so genannte Leihbeamte, Manager, Akademiker, Studenten etc.) höher qualifiziert als der Durchschnitt der Bevölkerung. Die vorwiegend kinderlose Migration in die neuen Länder gilt als mitverantwortlich für die per Saldo starke Abwanderung von Kindern und Jugendlichen aus Ostdeutschland.³⁴

– Die im Sozialgesetzbuch III vorgesehenen Mobilitätshilfen für Auszubildende (§ 53 Abs. 3 sowie § 59 ff.), die im Verein mit der mehr oder weniger gezielten „Anwerbungspolitik“ von einzelnen der alten Bundesländer den Wohnortwechsel beflügeln können, seien auch ein Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zur Qualifizierung.³⁵ Minister aus den neuen Ländern, die auf diesen Sachverhalt verweisen, sehen sich allerdings einem Sturm der Entrüstung ausgesetzt.

Dagegen wird kritisch angemerkt:

– Einige der alten Bundesländer, die derzeit eine positive nationale wie internationale Wanderungsbilanz aufweisen (wie Baden-Württemberg und Bayern), werben u. a. mit großflächigen Anzeigen für die Zuwanderung ins eigene Bundesland und würden dies nicht ohne entsprechende Absichten und Interessen tun.³⁶

32 So Hans-Peter Kohler vom Max-Planck-Institut für Demographische Forschung in Rostock, zit. nach Roland Kirbach, Land ohne Leute, in: Die Zeit (Dossier) vom 10. Mai 2001, S. 13.

33 Vgl. Gabriele Hardt/Wolfram Kempe/Hilmar Schneider, Ost-West-Wanderung junger Menschen. Ausdruck für allgemeinen Anstieg der Mobilität, in: Wirtschaft im Wandel, 7 (2001) 4, S. 67.

34 Vgl. Wolfram Kempe, Bildungsstruktur der Ost-West-Migration: Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt, in: Wirtschaft im Wandel, 5 (1999) 15, S. 19, 21.

35 Vgl. G. Hardt/W. Kempe/H. Schneider (Anm. 33), S. 71.

36 Vgl. die Anzeigenserie zu Baden-Württemberg „Wir können alles. Außer hochdeutsch“, in: Die Zeit im Frühjahr/Sommer 2001.

– Die Abwanderung von jungen Leuten verkehrt die Altersstruktur zu Ungunsten der neuen Länder, zumal das Pendeln von Auszubildenden häufig die Vorstufe für einen späteren Umzug darstellt und Formen neuartiger „Kettenwanderungen“ oder gar eine Abwanderungsspirale fördern kann.³⁷

– Der Altersüberhang entzieht den neuen Ländern kreatives Potenzial und wirkt innovativer Existenzgründung entgegen. Untersuchungen verweisen darauf, dass gerade die „lebendigen Kräfte“ gehen würden, die in den alten Ländern bessere Einkommensmöglichkeiten und Chancen sehen, als sie sie in den neuen Bundesländern haben.³⁸

In den vergangenen Jahren haben die westdeutschen Regionen sowohl von den innerdeutschen als auch von den ausländischen Wanderungen profitiert, während in den ostdeutschen Regionen der Alterungsprozess rasch voranschritt und die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung sank. Die regionalen Disparitäten schlagen sich in den Wanderungen nieder, zu dem West-Ost-Gefälle tritt ein Nord-Süd-Gefälle innerhalb Deutschlands. Offenbar kann die Politik eher die Zuwanderung aus dem Ausland regeln, schwieriger scheint die gezielte Einflussnahme auf regionale Binnenwanderungsprozesse.³⁹

Mehr als zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung droht die Gefahr, dass sich Gewinner- und Verliererregionen verfestigen. Regionale Unterschiede bestehen zwar in ganz Deutschland, beim Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und die „besten Köpfe“⁴⁰ könnten Teile der neuen Länder aufgrund stärker ausgeprägter Vorbehalte gegen eine gelenkte Eliteneinwanderung sowie gezielte Anreize für Leistungsträger weiter ins Hintertreffen geraten. Zu den aktuellen Vorschlägen gehören so genannte Rückholagenturen und Kontaktbörsen für abgewanderte Landeskinder. Sinnvoll wäre es, durch klare Prioritätensetzung im Bildungs- und Universitätsbereich gezielte Anreize für Zuwanderer aus dem In- und Ausland zu schaffen.

37 Untersuchungen deuten darauf hin, dass Befragte aus dem Osten über deutlich mehr Familienangehörige und Verwandte verfügen, die „Brückenköpfe“ an potenziellen Zielen abgeben könnten. Vgl. Susanne Bühner, Soziales Kapital und Wanderungsentscheidungen, Hamburg 1997, S. 342.

38 Vgl. Jost Bandelin/Gerald Braun u. a., Projekt: Regionalentwicklung von Vorpommern und Ostmecklenburg, Rostock 2000.

39 Vgl. Steffen Maretzke, Regionale Wanderungsprozesse in Deutschland sechs Jahre nach der Vereinigung, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1998) 11/12, S. 743–762.

40 Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin 2001, S. 26.

Aus einer Fortschreibung bisherigen Migrationsverhaltens ist nicht zu erwarten, dass die neuen Länder in den kommenden Jahren zu einem wichtigen Zielgebiet von Aussiedlern und Ausländern werden könnten, um damit zumindest eine leichte „demographische Korrektur“ einzuleiten. In den Modellrechnungen des Innenministeriums wird die für Deutschland insgesamt erwartete Zuwanderung von Deutschen (Aussiedlern) zu 80 Prozent dem früheren Bundesgebiet und nur zu 20 Prozent den neuen Ländern und Ost-Berlin zugerechnet.⁴¹

Die seit 1989 erfolgte Abwanderung von qualifizierten Facharbeitern könnte sich für einzelne Bundesländer als Hemmschuh beim Wettbewerb um die erfolgreiche Ansiedlung von industriellen Großprojekten erweisen. Trotz einer hohen Arbeitslosigkeit fehlen mittlerweile vielerorts Facharbeiter, z.T. weil sie in den vergangenen zehn Jahren weggezogen sind.

Das Thema Abwanderung bleibt deshalb kompliziert, weil es mit offenen Fragen des deutschen Vereinigungsprozesses verbunden ist. Nach einer Phase des Aufbaus Ost erscheint vielen in den neuen Ländern der Wohnungsleerstand sowie bereits der öffentliche Hinweis auf „ein Sanierungsvorhaben: Abriss“ als Beleg für Vernachlässigung, auch wenn Teile der neuen Länder mittlerweile eine modernere Infrastruktur vorweisen können als die alten Bundesländer.⁴² Für die einen bedeuten der Verlust des Stadtlebens und die Schwäche des öffentlichen Raums auch eine Rück-

nahme der „Ideen von 1989“, für andere führt die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten etwa im Nordosten zum Identitätsverlust, zu einer Marktwirtschaft ohne Wettbewerb aufgrund zu geringer Bevölkerungsdichte und im Ergebnis zur Schwächung der Demokratie.⁴³

Gerade das Weggehen von jungen und qualifizierten Zeitgenossen, wozu in den letzten Monaten auch Lehrer zählen, die am neuen Arbeitsort teilweise 20 Prozent mehr verdienen, könnte den Eindruck fördern, in einem Land an der Peripherie bzw. einem deutschen *Mezzogiorno* mit Regen und Wolken zu wohnen. Die Ergebnisse jüngster Umfragen deuten in diese Richtung. „Viele Ostdeutsche glauben nicht an die eigene Zukunft“, lautet der Untertitel einer jüngst veröffentlichten Umfrage der Allensbacher Demoskopie. 72 Prozent der 16 bis 29-Jährigen und 61 Prozent der 30 bis 44-Jährigen meinen, dass sie in Westdeutschland mehr Chancen hätten als in Ostdeutschland. 56 Prozent der jungen Ostdeutschen hätten demnach bereits erwogen, in den Westen überzusiedeln und 24 Prozent sollen dazu tendieren, solche Überlegungen in den nächsten Jahren in die Tat umzusetzen.⁴⁴ Dem kann nur entgegengewirkt werden, wenn die deutsche Vereinigung weiterhin als aktive Aufgabe betrachtet wird, die in einem überschaubaren Zeitfenster eine Annäherung der Lebenschancen gerade für die jüngere Generation erreichen kann.

43 Vgl. Wolfgang Weiß, Der ländlichste Raum – Regionaldemographische Perspektiven auf die Probleme von Abwanderungsgebieten mit geringer Bevölkerungsdichte. Beitrag zur Enquete-Kommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“, Greifswald 2001 (unveröffentlichtes Ms.).

44 Renate Köcher, Schatten über Deutschland. Viele Ostdeutsche glauben nicht an die eigene Zukunft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. August 2001, S. 5.

41 Vgl. Bundesministerium des Innern (Anm. 24), S. 19.

42 Vgl. Wolfgang Engler, Friede den Landschaften! Impressionen und Phantasien zur politischen Geographie Ostdeutschlands, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2001) 7, S. 872.